

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 604 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 312 A

BERLIN • Donnerstag, den 2. Februar 1933

2. JAHRGANG

Offensive gegen Arbeiterschaft im Gange.

Rpt. Das Klassengesicht der neuen deutschen Regierung ist, nachdem sich die Rauchsquadren der Fackelzüge verzogen haben, so deutlich, daß die Enttäuschung bei manchen nationalsozialistischen Schwärmern wohl schon jetzt einsetzen sollte. Die „nationale Konzentration“ zeigt sich unzweideutig als eine Konzentration der kapitalistischen Kräfte gegen das arbeitende Volk, nach nationalsozialistischer Terminologie: der Raffenden gegen die Schaffenden.

Das wird soeben an drei Stellen besonders deutlich.

1. Die sozialpolitische Reaktion.

Das Reichsarbeitsministerium wird wieder einmal umorganisiert. Die Papen-Regierung hatte die Abteilung für Siedlung aus diesem Ministerium herausgenommen und dem Reichsernährungsministerium angegliedert, um so eine weitere Sicherung gegen die Siedlung zu schaffen. Im Beamtenschaftskörper des Reichsarbeitsministeriums herrscht eine so stark „sozialpolitische“ Luft, als daß man das Ministerium in der alten Form bestehen lassen dürfte, wenn man einen reaktionären Kurs einschlagen will. Und das will man! Die Kapitalisten trauen es offenbar Herrn Seldte nicht zu, seinen Beamten statt des sozialpolitischen einen Kasernenhof-Ton beizubringen.

Darum wird voraussichtlich die Abteilung III, in der Lohnpolitik, Arbeitsrecht und Arbeitsschutz bearbeitet werden, aus dem Ministerium herausgenommen. Herr Seldte findet offenbar selber, daß diese Fragen nicht in sein Arbeitsministerium hineingehören; denn er erklärte bereits bei der Uebernahme seines Amtes, das Arbeitsministerium werde von allen Aufgaben entlastet werden, die ihrem Wesen (!) nach mehr zum Reichswirtschaftsministerium gehörten.

Ursprünglich bestand offenbar die Absicht, das derzeitige Reichsarbeitsministerium zwischen Seldte und Hugenberg irgendwie aufzuteilen. Neuerdings spricht man von dem Plan, eine besondere „Reichsstelle für Arbeitsrecht“ zu errichten, die wohl als eine

Reichsstelle für Abbau des Arbeitsrechts

gedacht ist. Als Leiter dieser Stelle wird Dr. Goerdeler, der Oberbürgermeister von Leipzig, genannt. Er hat diese Nachricht allerdings für seine Person inzwischen dementiert; er wäre für den Posten aber gewiß sehr geeignet: während er Reichskommissar für Preisabbau war, wurden die Preise aufgebaut; warum sollte er nun nicht einmal umgekehrt verfahren und unter der Firma: Reichsstelle für Arbeitsrecht das Arbeitsrecht abbauen?

Bei der ins Auge gefaßten Umorganisation würde Herrn Seldte vor allem verbleiben: Arbeitsdienst und Jugendertüchtigung. Da ist er sicher in seinem „Stahlhelm“-Element.

Welcher Wind weht, ergibt sich auch deutlich daraus, daß eine der ersten Amtshandlungen Seldtes war, dem Staatssekretär Grieser, einem Gegner des völligen Abbaus der Sozialpolitik, mitteilen zu lassen, er wüßte seinen Rücktritt. Als Nachfolger Griesers wird übrigens der Syndikus Dr. Brauweller von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände genannt. Das ist also wirklich ein Mann mit Erfahrungen auf dem Gebiet, auf das es den heutigen Machthabern ankommt!

2. Die agrarpolitische Reaktion.

Herr Hugenberg, der Inhaber des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsernährungsministeriums, wird seinen Amtssitz voraussichtlich im Reichsernährungsministerium aufschlagen. Man darf also wohl schließen:

Hugenberg wird sich zunächst unter dem Motto: „Sicherung der Ernährung“ der Sicherung der Großagrarier widmen.

Daran wird ihn kaum hindern, daß der Pg. Willikens, einer der Präsidenten des Reichslandbundes, voraussichtlich als Staatssekretär ins preußische Landwirtschaftsministerium einzieht. Zwischen Hugenberg und ihm wird sich wohl eine Art Arbeitsteilung einstellen: Der eine wird zu Gunsten von Bauern und Siedlung schwätzen, der andere wird zu Gunsten der Großagrarier handeln.

Herr Willikens hat vor einiger Zeit in einer Broschüre sein agrarpolitisches Glaubensbekenntnis abgelegt: Durch deutsches Bodenrecht und Siedlung zum Nationalsozialismus, durch Ernährung auf eigener Scholle zum Nationalismus. Er fordert die entschädigungslose Enteignung aller galizischen Kriegs-, Inflations- und Deflationsgewinnler, die hunderttausende Hektar deutschen Bauernlandes an sich gerafft haben (wo??), ferner

Und was tun die Arbeiter-Strategen?

Hk. Die Rechtspresse berichtet aus vielen Orten über Versuche der KPD

durch Flugblattpropaganda oder direkte Aktionen (Aufbau von Hindernissen auf Straßenbahnschienen z. B.) eine Streikbewegung gegen die Hitler-Regierung in Gang zu bringen. Wie weit ist die Entfesselung von Streiks gelungen? Die „Rote Fahne“ vom Mittwoch zieht folgende Bilanz:

1. Im Hamburger Hafen „großer Teilstreik“;
2. Streiks in fünf Berliner Müllabfuhrdepots;
3. Streiks auf „den“ Arbeitsstellen der Afu-Arbeiter (städtische Notstandsarbeiter);
4. anderthalbstündiger Proteststreik bei der Brauerei Groterjahn (Berlin);
5. „In Heidelberg sind die zwei größten städtischen Werke und mehrere Notstandsbetriebe in den Streik getreten“;
6. in Mannheim Streik bei der Metallhütte Danneberg;
7. in Pirmasens Streik bei der Schuhfabrik Koch.

Das ist als Ergebnis einer kommunistischen Aktion im Reichsmaßstab,

einer Aktion, die die Antwort auf die Bildung einer Hitler-Regierung darstellt, überaus kläglich, und

es ist um so höher zu bewerten, daß trotz der traurigen Politik, die in der deutschen Arbeiterbewegung getrieben wird, Arbeiter den Kampfesmut aufbringen, die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen.

Was würde eine Politik zu Wege bringen, die die verstopften Schleusen der brachliegenden Kampfkraft aufreißen würde!

Die SPD

hat am Dienstag in einer Sitzung des Parteiausschusses und des Parteivorstandes die politische Lage erörtert. „Was tut ihr darüber (über den Mißtrauensantrag) hinaus, welche Aktionen wollt ihr einleiten, zu welchem Ziele sollen sie führen?“ Diese Frage werde an die SPD gerichtet, sagte Breitscheid. Seine Antwort:

„Wir wiederholen, daß wir uns die Taktik nicht von unserem Gegner vorschreiben lassen... Wir alle haben den Wunsch, in diesem Kampfe in einem guten Verhältnis zu den kommunistischen Arbeitern zu stehen. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus ist in einen neuen Abschnitt getreten.“

Unser aller Wunsch wäre, daß damit auch ein neuer Abschnitt in unserem Verhältnis zur kommunistischen Partei beginnen könnte.

Ob das möglich ist, hängt jedoch vom Verhalten der Kommunisten ab... Wenn die jetzige Karte in dem Spiel der Reaktion nicht sticht, dann kann nichts anders kommen als eine Situation, in der die Arbeiterschaft das entscheidende Wort spricht. Für diese Entscheidungsstunde gilt es, die Kräfte des arbeitenden Volkes zu sammeln...“

Breitscheid glaubt also, noch warten zu können auf den Augenblick, daß „die jetzige Karte in dem Spiel der Reaktion nicht sticht“.

Der Bundesausschuß des ADGB

hat ebenfalls am Dienstag über die politische Lage beraten. Leipart teilte mit, daß die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen noch am Sonnabend und Montag (!) versucht hätten, zu Hindenburg vorzudringen, um ihm (!) ihre Forderungen vorzubringen. „Leider vergeblich.“ Leipart

— und nun wird es, wenigstens den Worten nach peinlich! — auch aller derjenigen, die das ihnen anvertraute höchste Volksgut durch Lotterwirtschaft seiner Bestimmung, das Volk zu ernähren, entzogen hätten. — Wir sind überzeugt, Herr Willikens wird sich weder als Agrarbolshewist gegenüber den Freunden des Herrn Hugenberg erweisen, noch in bezug auf die Lohnpolitik auf dem Lande, obwohl hier seine Hauptforderung lautet: Gleicher Reallohn für den Landarbeiter wie für den Industriearbeiter! — Diese Kostproben aus seinem Programmgeschwätz zeigen wohl, wie sich die Arbeitsteilung zwischen ihm und dem wirtschaftspolitischen Chef der Regierung, Hugenberg, vollziehen wird.

stellte fest, daß die Einordnung der Tarifabteilung in das Krisenministeriums Hugenbergs keinen Zweifel lasse, wohin der Kurs des neuen Kabinetts gehe.

In der Aussprache im Bundesausschuß wurde eine unmittelbare Aktion gegen die sozialreaktionäre Regierung als „sachlich falsch“ abgelehnt. Zuversichtlich wurde auf die reichen Widerstandskräfte der deutschen Arbeiterschaft hingewiesen, die „schon manchen Gegner kommen und gehen sah, von dem die Sage ging, daß er die Arbeiterbewegung endgültig vernichten werde“.

Der Bericht über die Bundesausschußsitzung sagt nicht, weshalb und unter welchen Umständen eine unmittelbare gewerkschaftliche Aktion gegen eine sozialreaktionäre Regierung „sachlich falsch“ sein soll. Sicher nicht unter allen Umständen! Gegen die Regierung Kapp haben die Gewerkschaften mit Erfolg eine unmittelbare Aktion unternommen. Hat der ADGB sich konkret überlegt, unter welchen Umständen er den Zeitpunkt für eine so umfassende Abwehr wieder gekommen sieht? Wie werden sich die Gewerkschaften stellen, wenn Hugenberg das Tarifrecht besetzt? Die Tagung des Bundesausschusses hat darauf keine Antwort gegeben.

Die Arbeit für die großzügige Organisation der Einheitsfront, für den einfachsten Schritt von der Welt: eine Besprechung der Partei- und Gewerkschaftsleitungen über die Abwehrmaßnahmen, die zu treffen sind, und über den Zeitpunkt, zu dem sie zu treffen sind —

die Arbeit für diesen einfachen Akt politischer Vernunft bleibt auf den einfachen Genossen hängen.

Sie sind nicht gehemmt durch die Prestigerücksichten, die die „Führer“ hindern, aber trotzdem unterbindet eine gefährliche Passivität den Sturm der Genossen, die von den Führern — und zwar jeder von seinen — die organisatorischen Schritte zur Einheitsfront verlangen.

Worauf vertraut Ihr denn, Genossen? Darauf, daß „die Ereignisse des 30. Januar die Einheitsfront in Deutschland schaffen werden“ — wie es der Moskauer Sender am Dienstag verkündete? Darauf hat auch der Führer der italienischen Kommunisten vor Mussolinis Machtergreifung seine — mit Recht — enttäuschte Hoffnung gesetzt!

Als Material für die Arbeit der einzelnen Genossen in ihren Organisationen wollen wir festhalten,

was an Regungen der Vernunft in den letzten Tagen bei den Zentralen der großen Parteien sichtbar geworden ist:

1. Das Flugblatt der KPD vom Montag richtete seinen bekannten Aufruf (dessen Wiedergabe eine Beschlagnahme der Zeitung nach sich ziehen würde) nicht nur an die „gesamte proletarische Öffentlichkeit“, sondern vor allem „an den ADGB, den AFA-Bund, an die SPD und die christlichen Gewerkschaften“. Einen Tag zuvor noch ging die Aufforderung der Kommunisten lediglich an die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiter und „ihre unteren Organisationen“. Indem die KP unter dem Druck der Gefahr ihr Wort an die Leitungen der Gewerkschaften und der SPD richtete, hat sie die Haltlosigkeit des Einwands zugegeben, den sie leider ihren Arbeitern in tausend Artikeln eingetrichtert hat: mit Severing und deswegen mit der Gesamtorganisation der SPD sei keine Einheitsfront möglich.

2. Breitscheid hat sich ebenfalls nicht nur an die kommunistischen Arbeiter gewandt, sondern den „Wunsch“ angemeldet, das Verhältnis der SP zur kommunistischen Partei (zu der ja das ZK immer noch gehört) in Ordnung zu bringen. Beide Führungen wissen also, was geschehen sollte. Sie müssen genötigt werden, es zu tun!

3. Vorbereitung der Inflation.

Herr Fricke hat sich beeilt, zu versichern, daß die Regierung Experimente währungspolitischer Art nicht beabsichtige. Versteht Herr Fricke auch die Einführung einer Binnenmark, den Druck von Feder-Geld unter „währungspolitischen Experimenten“? Daß die hohen Herren an der heutigen Währungspolitik etwas ändern wollen, ergibt sich sehr deutlich aus der verklausulierten Erklärung Fricke's, daß ein Wechsel in der Leitung der Reichsbank im Augenblick nicht aktuell sei.

Schacht gilt allgemein als Kandidat der nationalen Konzentration gegen die Arbeiterschaft für den Posten des

Reichsbankpräsidenten. Wie behauptet wird, hat man ihm das Reichsfinanzministerium angeboten, und er hat es abgelehnt, doch wohl nur, weil er in sein altes Amt zurückwill. Vorläufig sitzt aber dort noch Herr Luther! Nach den Ministerstürzern sind nun die Stürzer des Reichsbankpräsidenten am Werk.

Der Rücktritt Luthers wird von der „Deutschen Zeitung“ mit folgender Begründung gefordert: Luther sei der Mann des hoffentlich überwundenen November-Deutschlands, er sei der Mann der Goldwährung und der internationalen Währungsverbundenheit. Die zweite und dritte Behauptung sind richtig; die erste Behauptung ist aber gegenüber diesem Urbild des Kapitalisten nichts als blödes Agitationsgeschwätz.

Luther ist keineswegs unser Gesinnungsgenosse. Trotzdem muß die Arbeiterschaft wünschen, daß er fest bleibt und sich nicht von seinem Posten verdrängen läßt (eine einfache Entlassung ist nicht möglich). Denn Luther ist tatsächlich, wie das Schleicher einmal ausgedrückt hat, der Gralhüter der Währung.

Luther stürzen, heißt: Inflation vorbereiten. Die Inflation aber ist diejenige Methode, mit der sich am einfachsten gleichzeitig die Interessen der Schwer-

industriellen und Großagrariern befriedigen lassen; beide würden ihre Schuldenlast mehr oder weniger los, bei beiden würden die Lohnaufwendungen, real gesehen, sinken.

Die Kapitalisten befinden sich in einer so schwierigen Lage, daß das Mittel der Inflation ihnen als verlockender Ausweg erscheinen muß. Er wird ihnen um so eher gangbar erscheinen, als die Wirtschaftssachverständigen Hitlers in der öffentlichen Meinung ja gut vorgearbeitet haben.

Keine Kompromisse!

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ bezeichnet es als den Grundirrtum des „sozialen Generals“, daß er glaubte, er könne ohne feste Grundsätze zwischen Sozialismus und Kapitalismus auf „praktische“ Weise regieren. Sie gibt der neuen Regierung eindeutig die wirtschaftspolitische Parole:

„Den Ausweg des Kompromisses kann sich das deutsche Volk auf dem Gebiete der Wirtschaft nicht mehr leisten.“

Wir sind überzeugt: Die neuen Herren in den Ministerien werden nach diesem Grundsatz handeln, solange, bis ihnen die Arbeiterschaft das Handwerk legt, bis die Arbeiterschaft einmal ihrerseits nach demselben Grundsatz handelt.

darauf verwandten Kosten der Friede endlich noch drücken wird als ein kurzer Krieg, so sind sie selbst Ursachen von Angriffskriegen, um diese Last loszuwerden.“
(Kant: „Zum ewigen Frieden“, 1795.)

Krone und Zuchthauslärmtüte.

„Die Völker lernen begreifen, daß die Vergrößerung einer Missetat sie nicht vermindern kann und daß darum, weil Töten ein Verbrechen, der Massenmord kein milderer Umstand sein kann; daß, wenn Stehlen eine Schmach ist, Eröbern darum noch kein Ruhm sein kann, daß die Te Deums daran nichts ändern, daß ein Mörder ein Mörder ist, daß vergossenes Blut vergossenes Blut ist, daß es zu nichts gut ist, sich Caesar oder Napoleon zu nennen und daß man in den Augen des ewigen Gottes das Gesicht des Mörders nicht ändert, weil man ihm anstatt einer Zuchthauslärmtüte eine Krone auf den Kopf setzt.“

(Victor Hugo: „Ueber Voltaire“, 1878.)

Das Interesse am Krieg und das Wettrüsten.

„In einem gebildeten Volke kann das Interesse am Krieg nur noch künstlich wachgehalten werden durch die Fabrikanten und Kaufleute, deren Erwerb leiden würde, wenn sich der Handel mit Kriegsgeräten nicht mehr bezahlt machte, sowie durch die Zeitungsschreiber, die fürchten müßten, daß ihnen mit dem Kriege ihr bester Sensationsstoff entzogen würde. Von diesen sich tyrannisieren zu lassen, ist aber eines gebildeten Volkes unwürdig. . . .

Es verdient aber hier noch bemerkt zu werden, daß die neuere, viel gepriesene Methode der Verhinderung des Krieges, nämlich das Wettrüsten, in Wahrheit nur eine veränderte Form des Krieges ist, wobei der Vorteil des geringeren Maßes an Menschenopfern durch den Nachteil einer Permanenz des Kriegszustandes und durch das Opfer einer immer wachsenden wirtschaftlichen Belastung der Völker erkauft wird. Die Beendigung dieses Kriegszustandes ist daher zugleich eine Bedingung der Lösbarkeit der inneren Aufgaben des Staates. Denn wenn alle Mittel bis zur äußersten Erschöpfung aufgetrieben werden müssen, um im Wettrüsten nicht ins Hintertreffen zu geraten, so wird mehr und mehr die Möglichkeit beschränkt, den wachsenden sozialen und kulturpolitischen Anforderungen im Staate zu genügen, und es wird also eine rechtliche Verwaltung des Staates dadurch auch im Inneren unmöglich gemacht. Schon allein hieraus folgt, daß es eine rechtlich notwendige Aufgabe des Staates ist, den Kriegszustand zu beenden, d. h. soviel an ihm ist, auf die Errichtung des Staatenbundes hinzuwirken.“
(Leonard Nelson: „Vom Staatenbund“, 1914.)

Kriegsachtung und Kriegsächtung.

H. M. Am 2. Februar tritt in Genf der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz wieder zusammen. Wir wollen zur Wiedereröffnung der Verhandlungen nicht die verschiedenen Pläne noch einmal erörtern, die demnächst bei der Abrüstungskonferenz zur Verhandlung stehen werden, sondern wir wollen einige Zahlen darüber bringen, was die Großmächte mit diesen Plänen zu verteidigen trachten; denn hierum geht es den meisten der in der Abrüstungskonferenz vertretenen 64 Staaten.

Es gibt auf der Welt ungefähr 7 Millionen Soldaten „unter den Fahnen“. Außerdem gibt es 85 bis 40 Millionen ausgebildete Soldaten, die im Kriegsfall mobilisiert werden können.

Abgesehen von Handwaffen gibt es

1 Million Maschinengewehre (auf etwa 2000 Menschen auf der Welt kommt also ein Maschinengewehr!).

34 000 Kanonen,
10 000 schwere Geschütze,
20 000 Kampfflugzeuge,
etwa 7 000 Tanks.

Aus der Materialreserve der Armeen kann ungefähr die gleiche Menge Waffen hergestellt werden.

Rechnet man außer den direkten Ausgaben für die Wehrmacht noch die Abzahlung des Weltkrieges (Kriegsschulden, Pensionen u. s. w.) ein, ferner die direkten Rüstungsausgaben, wie Subventionierung der Kriegsindustrien, Bau strategischer Bahnen, Straßen und Häfen,

so übersteigt das „Konto Krieg“ in allen Großstaaten — außer der Sowjetunion — die Hälfte der Staatsausgaben.

In den meisten Großstaaten beträgt dieses Konto 50 bis 70 Prozent der Staatsausgaben, auch in Deutschland. Von jedem Steuergroschen der Arbeiter werden also bestenfalls 3 bis 5 Pfennige für die sogenannte Volkswohlfahrt ausgegeben, davon wieder nur ein kleiner Teil im Interesse der Arbeiter. Beschäftigt man das „Konto Krieg“ auf diese Art, so gibt der Summe nach — Deutschland mehr für Rüstungen aus, als das ob seiner Militarisierung so verschriene Polen!

(Die genannten Zahlen sind Angaben Otto Lehmann-Rußbüdels.)

Die Gesamttonnage der Kriegsflotten betrug Ende 1931 (in Klammern die Zahlen für 1913):

Großbritannien	1 275 000	(2 222 000)
USA	1 308 000	(844 000)
Japan	714 000	(536 000)
Frankreich	527 000	(689 000)
Italien	400 000	(348 000)
Sowjetunion	166 000	(340 000)
Deutschland	151 000	(1 034 000)

Die Zahlen zeugen nicht von „Kriegsachtung“, die die meisten Staaten im Kellogg-Pakt feierlich erklärt haben. Wenn uns darum die Reden, die über Abrüstung und Frieden im Laufe der vergangenen Jahre von den Diplomaten gehalten worden sind und ab Donnerstag wieder in Genf zu hören sein werden, zumeist eigentlich nur insofern etwas angehen, als sie uns Hinweise auf die jeweilige Größe der Gefahr eines neuen Ausbrechens der Kriegsbestie geben, so wollen wir, als Feinde des blutigen Imperialismus, uns einmal die Sprache solcher Menschen anhören, für die die Achtung des Krieges nicht nur eine Maske räuberischer Eroberungspolitik, sondern ein Ausdruck ihrer Bildung ist. Schon vor mehr als zwei Jahrhunderten und immer wieder seit dieser Zeit ist der Kampf gegen das Wettrüsten und die dadurch entstehende Kriegsgefahr geführt worden, den auch wir heute zu führen gezwungen sind.

Gleich den Tartaren.

„Eine neue Krankheit hat sich in Europa verbreitet; sie hat unsere Fürsten ergriffen und läßt sie eine unverhältnismäßige Zahl von Truppen unterhalten. Sie hat ihre verstärkten Anfälle und wirkt notwendig ansteckend. Denn sobald ein Staat, was er seine Truppen nennt, verstärkt, verstärken sogleich die anderen die ihrigen, sodaß man dadurch nichts gewinnt, als den gemeinsamen Ruin. Jeder Monarch hält soviel Armeen auf den Beinen, als er haben könnte, wenn die Völker in Gefahr wären, vernichtet zu werden, und diesen Zustand der Kraftanstrengung aller gegen alle nennt man Frieden. . . . Wir sind arm mit den Reichtümern und dem Handel der ganzen Welt, und bald werden wir dadurch, daß wir Soldaten halten, nichts mehr außer Soldaten haben und gleich den Tartaren sein.“

(Montesquieu [1680—1755]: „Esprit des lois“.)

Das Wohl der Völker, der Leibesstärke anvertraut.

„Unter den zahlreichen Uebeln der falschen Herzhaftigkeit und der mit sich selbst zufriedenen hergebrachten Staatskunst, die das Wohl der Völker so lustig der Leibesstärke anvertraut, ist dieses nicht eins der geringsten, daß sie alle Sorgen für ein festes Friedenssystem verachtend ersticket; daß sie jedes kleine Opfer der eigenen Ehrsucht für die Glückseligkeit so vieler Völker zu hoch schätzt; daß daher Europens Weisheit, welche öfters viel Jahre bey Friedenscongressen versammelt gewesen, noch niemals mit dem Ernst, den die Wichtigkeit des Gegenstandes erfordert, ein menschengünstiges Augenmerk auf das Allgemeine gerichtet, und

daß so viel prächtige Gesandtschaften noch niemals den Versuch gewaget haben, über kräftige Mittel zu Gründung des so unentbehrlichen und so wenig gesuchten beständigen Friedens, in Unterhandlung zu treten.“

„Ist nicht überhaupt unsere Hoffnung, fremde Länder zu erobern, im höchsten Grade eitel, sobald hundert Fremde ein gleiches Recht behalten, auf unsere Länder gleichfalls Anschläge der Eroberung zu machen?“

(„Ueber die Verminderung der Kriege“, ohne Angabe des Verfassers 1782 erschienen. Nach der „Friedens-Warte“ vom Januar 1933 zitiert.)

Die Armeen bedrohen den Frieden.

„Stehende Heere collten mit der Zeit ganz aufhören. . . denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen; reizen diese an, sich einander in Menge der Gerüsteten, die keine Grenze kennt, zu übertreffen, und indem durch die

Frankreichs Regierung bleibt links.

Nachdem die Sozialisten die Mitarbeit in der Regierung verweigert haben, hat Daladier ein fast ausschließlich aus Radikalsocialisten bestehendes Kabinet gebildet.

Ministerpräsident und Kriegsminister: Daladier,
Justizministerium und stellvertretender Ministerpräsident: Denocier,

Finanzen: George Bonnet,
Haushalt: Lamoureux,
Innen: Chauteemps,
Außen: Paul-Boncour,
Kolonien: Albert Sarraut,
Landwirtschaft: Queuille,
Unterricht: de Monzie,
Kriegsmarine: Leygues,
Handelsmarine: Frot,
Post, Telephon und Telegraph: Laurent Eynac,
Handel: Serre,
Öffentliche Arbeiten: Paganon,
Pensionen: Miellat,
Luftfahrt: Pierre Cot,
Arbeit: François Albert,
Volkswohlfahrt und Erziehung: Daniélou.

Dieses Kabinet bestätigt den linken Kurs der französischen Regierungen seit dem Wahlen vom Mai 1932: Während die Regierung Paul-Boncour als weiter linksstehend betrachtet werden konnte, als die Regierung Herriot, ist das neue Kabinet noch weiter nach links gerückt. Das kommt zum Ausdruck in der Ernennung von Pierre Cot, dem bisherigen Unterstaatssekretär im Außenministerium, zum Minister, in der Ernennung des parteilosen, zwischen Radikalsocialisten und Sozialisten stehenden Frot, vor allem aber in der Einberufung von François Albert in die Regierung. Albert war bisher Vorsitzender der radikalsozialistischen Kammerfraktion und des Auswärtigen Ausschusses der Kammer und kam, wegen seiner linkeren Einstellung, oft mit Herriot in Konflikt. Seine bisherigen Ämter werden jetzt von Herriot übernommen werden.

Die Sozialisten haben der Regierung ihre Unterstützung zugesagt.

George Bonnet, der neue Finanzminister, hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen und erklärt, das Defizit im Staatshaushalt sei gar nicht so groß, wie sein Vorgänger

stets behauptet habe. Er beabsichtigt, einen erheblichen Teil des Defizits durch Auflegung einer Anleihe zu decken. In übrigen beabsichtigt die Regierung, ihre Finanzpolitik auf der Grundlage des vom Finanzausschuß der Kammer ausgearbeiteten Planes — der bekanntlich die meisten Punkte des sozialistischen Finanzprogramms enthält — aufzubauen.

Die Außenpolitik der Regierung wird wahrscheinlich von der Neubildung des Kabinetts nicht betroffen werden, da Paul-Boncour weiter Außenminister bleibt.

Wenn wir uns auch selbstverständlich darüber im klaren sind, daß weder Paul-Boncour noch andere Mitglieder des Kabinetts internationale Sozialisten sind, wir also weder in der französischen Innen- noch in der Außenpolitik sozialistische Maßnahmen zu erwarten haben, so dürfen wir doch nicht übersehen, welche Bedeutung es für die Interessen der Arbeiterschaft hat, daß die

französische Regierung sich in einer Zeit immer weiter nach links

orientiert, in der in Deutschland Brüning von Papen und Papen von Schleicher und schließlich Schleicher von Hitler abgelöst worden ist.

Den Deutschen, die sich angeblich von französischen Hegemoniebestrebungen und der französischen Wehrmacht bedroht fühlen, kann man entgegen, daß jene Bestrebungen zwar mehr oder weniger noch weiter verfolgt werden und die französische Wehrmacht zwar in der Tat sehr mächtig ist,

daß die Bedrohung des Friedens im Augenblick aber weit mehr von den Ländern ausgeht, in denen offiziell und von der Regierung aus, mit Hilfe von Presse, Rundfunk und ähnlichen Einrichtungen, für den Krieg Propaganda gemacht wird.

Um derartige Länder zu finden, braucht man von Deutschland aus nicht nach Frankreich zu sehen!

Das zweite Zwölftel.

Die Kammer verabschiedete am Dienstag das zweite vorläufige Budgetzwölftel.

Deutsche Klage gegen Polen bei dem internationalen Gerichtshof.

Die Verhandlungen des Völkerbundsrats über die Beschwerde der deutschen Minderheiten wegen der Enteignung deutscher Großgrundbesitzer in Polen sind abgebrochen worden. Der zur Untersuchung des Falles eingesetzte Dreier-Ausschuß erkannte den Standpunkt der Minderheiten nicht an, und auch die polnische Regierung hielt an ihrer ablehnenden Stellung fest. Der Vertreter Deutschlands erklärte daraufhin, die Reichsregierung würde im Haag Klage gegen Polen erheben.

Um den Hirtenberger Waffenschmuggel.

In der Angelegenheit des Waffenschmuggels von Italien über Oesterreich nach Ungarn haben die Vertreter einiger Großmächte sich jetzt mit der italienischen Regierung in Verbindung gesetzt, um Aufklärung über den Fall zu erhalten. Der britische Botschafter in Rom berichtet über seine Unterhaltung mit einem italienischen Unterstaatssekretär, daß es sich bei der Waffenlieferung um altes, aus dem Kriege stammendes Waffenmaterial handle, daß von einem Privathändler zur Reparatur nach Oesterreich ge-

sandt worden sei. Der französische Botschafter hat die gleiche Auskunft erhalten.

Warum dieses reparaturbedürftige Material von Oesterreich aus nach Ungarn und nicht wieder nach Italien geschickt worden ist, geht aus der italienischen Erklärung nicht hervor. Die Großmächte haben aber anscheinend wenig Interesse daran, wegen dieses Angelegenheit einen großen Konflikt heraufzubeschwören und haben sich anscheinend überhaupt nur auf Betreiben der Kleinen Entente mit dem Hirtenberger Fall befaßt.

Zunehmende Unterdrückung der Feinde des Belgrader Regimes.

Nachdem erst vor wenigen Tagen der Führer der Slowenischen Volkspartei Jugoslawiens, Dr. Korosetsch, verhaftet und verbannt worden ist, wurde am Dienstag mit dem Führer der Kroatischen Bauernpartei, Wladimir Mitschek, nach gleicher Methode verfahren. Bekanntlich haben die Slowenen und Kroaten kürzlich sehr bestimmte Forderungen für die Durchführung der Autonomie an die Regierung gestellt, und das ist wahrscheinlich der Grund für die Verhaftung der Führer der Unabhängigkeitsbewegung.

Die Kulturreaktion marschiert.

Das thüringische Volksbildungsministerium hat die von Gustav Wyncken geleitete Freie Schulgemeinde Wickersdorf „aus zwingenden Gründen“ aufgehoben. Welche „Gründe“ den Minister dazu „zwingen“, ist bisher nicht bekannt gegeben worden. Die Schule darf künftig nur noch als Landerziehungsheim fortgeführt werden und untersteht in der pädagogischen Leitung den gleichen Bestimmungen wie die übrigen thüringischen Landerziehungsheime.

Aus dem braunen Kindergarten.

Die nationalsozialistischen Studenten der Berliner Universität machten wieder einmal Ruf Ehre, indem sie im Anschluß an eine Protestkundgebung zu Gunsten eines disziplinarisch bestraften Nazi-Studenten in der Wandelhalle der Universität das Anschlagbrett linksgerichteter Studenten herunterrissen und zertrampelten. Dann zogen die Helden zur Börse und wettelten gegen die Juden.

In der Gemeinde Bösingfeld (in Lippe) drangen Montag nachmittag einige Nationalsozialisten in das Rathaus ein. Da von den beiden in Bösingfeld liegenden Gendarmeriebeamten einer auswärtig und der andere den Eindringenden gegenüber machtlos war, wurde auf dem Rathaus die Hakenkreuzfahne gehißt und die im Rathaus befindliche schwarz-rot-goldene Fahne auf dem Rathausplatz verbrannt. Das zuständige Landratsamt hat eine Untersuchung der Vorgänge eingeleitet. — Schade um die Zeit und das Aktenpapier!

Durch wüsten Terror zwangen die Elbinger Nazis die dortige Theaterleitung, die Reichswehr-Komödie von Alfred Herzog (Elbing) „Krach um Leutnant Blumenthal“ vom Spielplan abzusetzen, weil darin angeblich die Ehre der Reichswehr „in den Schmutz gezogen“ wurde! — Wir kennen das Stück nicht. Daß die Nazis dagegen toben, könnte für das Stück sprechen!

Einheitsfront am Grabe der Dresdener Opfer.

Am Dienstag nachmittag fand auf dem Tolkewitzer Friedhof die Beerdigung von sieben Opfern der Schießerei im Dresdener Kegelheim statt. Der Trauerzug umfaßte etwa 25 000 Teilnehmer, vorwiegend Kommunisten, darunter Abordnungen der SPD, SAJ, SAP, der Roten Hilfe, der Proletarischen Freidenker. Aus verschiedenen Städten der Umgegend waren Abordnungen anwesend, z. B. aus Chemnitz, Radeberg, Freital. Auch zahlreiche Betriebe waren durch Delegationen vertreten. Die Dresdener Volkshäuser hatten halbmast geflaggt. Der Vorbeimarsch auf dem Friedhof dauerte 2 1/2 Stunden. An den Gräbern hatten der Antifaschistische Kampfbund und das „Reichsbanner“ Aufstellung genommen.

Die Kundgebung ist trotz eines großen Polizeiaufgebots ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Kosten der Beisetzung trägt die Stadt Dresden.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Freitag, 3. Februar, 20 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. Thema: Terror — Inflation — Krieg! Was tun? Redner: Hellmut Rauschenplat und Gustav Heckmann. Aussprache. Eintritt 20 Pfennige, Erwerbslose 10 Pfennige.

Göttingen: Freitag, 3. Februar, 20,30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Rechtsnot und Sondergerichte. Redner: Rechtsanwalt Erich Lewinski (Kassel). Eintritt frei! Freie Aussprache.

Hamburg: Donnerstag, 2. Februar, 20.15 Uhr, im Volkshaus Hammerbrook, kl. Saal. Thema: „Rechtsnot über Deutschland“. Redner: Dr. Erich Lewinski (Kassel).

„Warum ich kein Christ bin.“

Bg. Unter diesem Titel ist im Verlag „Kreis der Freunde des monistischen Schrifttums“ (Dresden) soeben eine kleine Schrift des berühmten englischen Philosophen Bertrand Russell erschienen (Preis 30 Pfennige). Bertrand Russell hat sich nicht nur als Wissenschaftler, sondern auch als fortschrittlich eingestellter Mensch einen Namen gemacht. Während des Krieges bekannte er sich zu den Kriegsdienstverweigerern; er wurde dafür mit Gefängnis und dem Verlust seiner akademischen Ämter bestraft.

Seine neue Schrift ist, wie auch die früheren, klar, einfach und humorvoll geschrieben; dabei vernachlässigt der Verfasser aber keineswegs das Bestreben, auf den Kern der Sache zu kommen. — Zunächst finden wir eine Auseinandersetzung mit den Beweisen für das Dasein Gottes. Die Theologen behaupten beispielsweise, in der Welt sei alles so zweckmäßig eingerichtet, daß man gezwungen sei, einen Schöpfer anzunehmen. „So argumentiert man z. B., Hasen hätten weiße Schwänze, damit sie leichter geschossen werden könnten. Ich weiß nicht, was die Hasen zu dieser Anwendung sagen würden... Das Erstaunlichste... ist, daß die Menschen glauben können, diese Welt mit allem, was auf ihr lebt, mit allen ihren Mängeln, wäre das Beste, was Allmacht und Allwissenheit in Millionen von Jahren zu schaffen imstande waren. Ich kann das wirklich nicht glauben. Wenn Ihr mit Allmacht und Allwissenheit ausgestattet wäret und Millionen von Jahren Zeit hättet, eure Welt zu vollenden, glaubt Ihr, daß Ihr dann nichts Besseres zustandebringen würdet als den Ku-Klux-Klan, die Faschisten und Herrn Winston Churchill?“

Christus kann nach Russells Ausführungen gar nicht so bedeutend gewesen sein, wie die Kirche meint. „Es gibt... einen sehr schweren moralischen Defekt im Charakter Christi, und das ist, daß er an die Hölle glaubte. Kein Mensch, der wirklich im tiefsten menschlich ist, kann an ewig währende Strafe glauben. Christus... spricht weiter über das Heulen und Zähneklappern. Es wiederholt sich in einem Vers nach dem andern, und der Leser erkennt, daß da offenbar ein gewisses Vergnügen an der Ausmalung des Heulens und Zähneklapperns vorliegt.“

Merkwürdig ist auch die Geschichte mit dem Feigenbaum. Jesus hungerte, da sah er einen Feigenbaum. Aber als er hinzukam, fand er, wie es in der Bibel heißt, „nichts denn nur Blätter, denn es war noch nicht Zeit, daß Feigen sein sollten. Und Jesus antwortete und sprach zu ihm: Nun esse von dir niemand keine Frucht ewiglich.“ Russell bezeichnet dies mit Recht als eine sehr sonderbare Geschichte.

„denn es war nicht die rechte Jahreszeit für Feigen und so durfte man den Baum wirklich nicht schelten. Ich finde, daß Christus weder in der Weisheit noch in der Tugend ganz so hoch steht wie manche anderen Gestalten der Geschichte. Ich würde in dieser Hinsicht Buddha und Sokrates über ihn stellen.“

Wir können Russell auch zustimmen, wenn er sagt, „daß jedes kleine Stückchen Fortschritt im menschlichen Fühlen, jede Verbesserung des Strafgesetzes, jeder Schritt zur Eindämmung der Kriege, jeder Schritt zu einer besseren Behandlung der farbigen Rassen, jede Milderung der Sklaverei, jeder Fortschritt der Moral ständig bekämpft wurde durch die organisierten Kirchen der Welt“. „Ich sage mit voller Ueberzeugung“, fährt er fort, „die christliche Religion, wie sie in ihren Kirchen verkörpert wird, war und ist noch heute der Hauptfeind des moralischen Fortschritts der Welt.“

Und nun gar die Christen selber! Christus sagt: Widersteht nicht dem Uebel, sondern so dir jemand einen Streich gibt auf deinen rechten Backen, dem biete den anderen auch dar. Russell zweifelt „nicht daran, daß der gegenwärtige englische Premierminister ein aufrichtig überzeugter Christ ist“, aber er „würde niemandem raten, hinzugehen und ihn auf die eine Backe zu schlagen“.

Christus sagte auch: Richtet nicht, auf daß Ihr nicht gerichtet werdet. Russell: „Man wird finden, daß dieser Grundsatz bei den Gerichtshöfen christlicher Länder nicht gebräuchlich ist.“

Zum Schluß mahnt Russell uns zur Selbstbesinnung, wir sollten aus eigener Kraft dafür wirken, daß die Erde „aufhört, das zu sein, was die Kirche in Jahrhunderten aus ihr gemacht hat... Wir müssen aus dieser Welt das Beste machen, was wir nur erreichen können, und wenn es nicht so gut sein sollte, wie wir wünschen, wird es doch immer noch besser sein als das, was jene anderen in Jahrhunderten daraus gemacht haben.“

Ich stimme Russell keineswegs in allen Punkten zu, aber sein Buch ist hervorragend geeignet, alte Dogmen zu brechen. Vom Christentum bleibt nicht viel mehr als sein sogenannter guter Kern; den wollen wir gern anerkennen, aber andere Lehren haben diesen Kern genau so gut. — Natürlich darf man nicht dabei stehen bleiben, die Dogmen durch solche aufklärenden Schriften zu erschüttern. Es bleibt notwendig, daß jeder sich durch sorgfältiges und gründliches Nachdenken eine bessere Weltanschauung als die umgestürzte verschafft. Hier zu helfen, ist eine wichtige Aufgabe der proletarischen Kulturorganisationen.

Arbeitsfriede in Dänemark.

Im dänischen Landsting wurde am Dienstag mit 74 gegen 12 Stimmen das Gesetz angenommen, das alle Tarifverträge automatisch bis zum Februar 1934 verlängert. Die von den Unternehmern geplante Aussperrung fast aller dänischen Arbeiter ist dadurch ungesetzlich geworden.

Vor dem Folkething kam es Montag abend zu größeren Unruhen. Viele Tausende von Arbeitslosen und Kommunisten hatten sich versammelt. Die Polizei ging, erstmalig in der dänischen Geschichte, mit Tränengasbomben gegen die Menge vor. Die Polizeibeamten schienen mit der Handhabung dieser Bomben noch nicht genügend vertraut zu sein, denn es kam hierbei zu einem regelrechten „Ballspiel“ zwischen den Polizisten und Demonstranten, wobei diese die meisten Tränengasbomben aufingen und den Polizisten wieder an die Köpfe zurückwarfen.

Gürtner bleibt.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den bisherigen Reichsjustizminister Gürtner in seinem Amte bestätigt.

Preußischer Landtag soll aufgelöst werden.

Die nationalsozialistische Fraktion hat einen Antrag auf Auflösung des Preußischen Landtages eingebracht. Der Präsident des Landtages, Kerpel, hat daraufhin den Landtag zum Sonnabend, dem 4. Februar, zur Beratung dieses Antrages einberufen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages ist auf Antrag der Nationalsozialisten gegen die Stimmen von KP und SP vertagt worden bis nach dem Zusammentritt des Reichstages.

Die Sowjet-Regierung hat gegen die Behandlung eines russischen Dampfers in Port Said (nördliche Einfahrt in den Suez-Kanal) protestiert. Polizei — wohl englische — hatte den Dampfer nach russischer Literatur durchsucht. Bilder russischer Politiker wie Stalins und Woroschilows seien auf dem Dampfer beschlagnahmt worden.

Ein ekelhaftes Subjekt

ist der angebliche Kaufmann Leo Kliche, der in der Maske eines Stellenvermittlers zahlreiche Stellungsuchende um ihr letztes Geld betrogen hat. Er wurde jetzt verhaftet und dem Berliner Vernehmungsrichter vorgeführt.

A. M. FREY

(16)

DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kloppenburger Verlag AB. Berlin.

Sie lachen sehr keck, denn sie wissen: es kann ihnen nichts geschehen von diesen Frontsoldaten, die heute da sind, keinen unbewachten Schritt tun dürfen, wie Klosterbrüder, und morgen wieder verschwinden. — Wie weiß ihre Zähne sind, sie haben die Gesichtshaut von Baronessen, herrlich ist ihr Haarknoten, die Brüste bewegen sich unter dem blauen Kattun der Arbeitskloider, die prächtigsten Brüste dieser Erde.

Eine brünstige Welle von Verlangen schlägt hinüber zu den jungen Tieren. Wenn die Soldaten vorne sind, zoten sie nie, hier macht Erregung sich in Derbheiten Luft. Sie rufen den Lippen und Schößen Dinge zu, die drüben gut verstanden werden — ohne daß ein Wort verstanden würde. Jene kichern, sie schütten sich auch in willkürlichem Lachen, halb hingegeben, einige sogar werden rot. Ein paar Schamlose aber machen mit ihren beredeten Fingerehen nicht mißzuerstehende Kunststücke.

Wenn es das gäbe, Frauen zu umarmen würde durch die pure Intensität des Verlangens — hier würde alle geschwängert werden.

Das geht eine Woche so, dann sind die jungen Weiber mit eins vergessen, denn ungeheurer drängt sich in den Vordergrund das alte, das ewige Gespenst.

Der Abmarsch ist da, der finstere, trostlose Gang nach vorn, durch einen kalten Oktoberregen, lichtslos, stumm, über schlammige Landstraßen in den noch viel ärgeren Lehm der Gräben.

Begleitet von dem Gedanken, immer von neuem vermissen in ihm: wie lange noch?

Die Krankenträger landen wieder auf ihrem Verbandsplatz, beneidet von all denen, die noch näher heranrücken an Mord und Totschlag.

11

Die Erholung hält nicht lange vor. Es geht erst recht bergab; nach ein paar Wochen erkennt der Arzt den reduzierten Zustand Funks.

Die Entzündung des Handballens ist zurückgegangen, aber etwas Fiebriges ist in ihm. Er weiß nicht, ob sein Blut durch den giftigen Biß gelitten hat, oder ob anderes Unheil in ihm steckt. Der Hals sticht, die Brust brennt, er wirft Schleim aus.

Eines Nachts, nach einer Schleppe durch Wind und Eisnässe sagt Assistenzarzt Model zu dem von Schweiß mehr noch als von Regen Uebergossenen: „Sie melden sich morgen bei mir.“

Dann wird der Angeschossene versorgt, den hereinzuholen Funk mitbemüht gewesen ist. Er hat eine Bauchverletzung, die Därme sind durchbohrt. Er blutet nicht, das heißt er blutet wohl nach innen. Sein Gesicht ist weiß unter dem Grau des Schmutzes; es ist, als sei alles Blut des ganzen Körpers in die Bauchhöhle zusammengelaufen. Auf der sterbenden Stirn stehen ölige Tropfen.

Was tut man für ihn? Man kann nichts tun. Er hat ein Verbandsstückchen über dem Einschuß; das bißchen Wundversorgung hat er gleich draußen erhalten. Ihn jetzt in ruhiger Lage zu belassen, ist das Beste. Am wichtigsten wäre, die Sanitätskompanie schicken sehr schnell ihren Wagen. Aber wann wird er kommen? Bestellt ist er telephonisch, wann kann er da sein? Erfahrung hat gezeigt, daß Darmverwundete verloren sind, wenn sie nicht binnen zwei Stunden operiert werden. Jener ist verloren.

Er bekommt die üblichen Spritzen: Serum gegen den Starrkrampf und Morphium gegen Schmerzen.

Aber er liegt apathisch, er hat gar keine Schmerzen. Bis er mit einem Male sich hochwirft in einem tierischen Schrei, sich zur Seite wirft und zu würgen anfängt: was er erbricht, ist nur polternde Luft.

„Eiwei —“ sagt leise der Arzt und wendet sich mit einer resignierten Geste zur Seite. —

Am nächsten Morgen untersucht er Funk. Er prüft ihn gewissenhaft; er behorcht und beklopft ihn. Er heißt ihn sich wieder anziehen und schweigt. Er macht ein finsternes Gesicht.

das fast unglücklich wird, während er sich niedersetzt, um ein paar Zeilen zu schreiben. Er versieht das Geschriebene mit einem Umschlag und sagt freundlicher: „Sie haben ein bißchen Brustkatarrh, nicht der Rede wert. Wenn Sie ins Revier gehen wollen —? Aber ich kann Ihnen schließlich auch hier Schonung verordnen. Ihr Herz ist nicht ganz in Ordnung, aber das ist gar nicht schlimm. Ich halte Sie nur nicht recht geeignet für den Trägerdienst. Vielleicht findet sich ein anderer Posten für Sie. Mit diesem Brief gehen Sie in die Ortsunterkunft Fournes und melden sich beim Herrn Bataillonsarzt.“

Funk macht sich auf den Weg. Der Morgen ist neblig. Es hat in der Nacht leicht gefroren und ist noch so kalt, daß über den Pfützen dünne Eisscheiben liegen. Sie zerknacken gläsern, wenn der Stiefel sie durchbricht. Es ist das einzige dünnschneppernde Geräusch in der Weite der milchigen Ebene, denn geschossen wird nicht. Um so angespannter, um so aufreibender wird wohl gelauscht und gewittert... Können nicht jeden Augenblick Ueberfall und Mordwillen auftauchen aus dem dicken Dunst?

Funk verläuft sich. Er ist in Sorge, bei dieser ohnehin beschämenden Angelegenheit verspätet einzutreffen. Er braucht zwei Stunden über die Zeit, langt gegen Mittag an und muß erst noch die Behausung von Oberarzt Lipp erfragen.

Dr. Lipp ist nicht in seinem Zimmer, aber er wird drüben im Revier erwartet; ihm als Arzt des zweiten Bataillons ist Sergeant Malz die rechte Hand.

Zu ihm hinunter in den Keller begibt sich Funk. Malz trägt mit fliegender Feder Namen von Patienten und Krankheitsbefunde in ein äußerst dreckiges Buch ein. Er hat es seit Tagen unterlassen; jetzt holt er das Versäumte aus der Phantasie nach. Bei der Aufzeichnung der Temperatur zögert er nicht einen Augenblick; die Zahlen zwischen siebenunddreißig und vierzig mit weiteren Staffellungen lassen genug Abwechslung zu.

„Krankenträger Funk“, meldet sich Funk, immer noch garnisonmäßig diszipliniert.

„Was wollen S' denn?“ fragt Malz gestört und unwillig, aber ohne einen Augenblick sein flottes Geschreibsel zu unterbrechen (Fortsetzung folgt.)

Die technische „Nothilfe“ in Not.

Die Irischen Eisenbahner sabotieren den Verkehr.

Die Einsetzung von Hilfszügen zur Aufrechterhaltung der notwendigsten Verkehrslinien während des irischen Eisenbahner-Streiks stößt auf erhebliche Schwierigkeiten. Zwar stellten sich eine Anzahl von Studenten und Mechanikern als Streikbrecher in den Dienst der Behörden, die Bahnhöfe sind von stark bewaffneten Polizeiaufgeboten bewacht, auf jeder in Bewegung gesetzten Lokomotive sind Polizeiwachen. Trotzdem gelingt es nicht recht, einen Eisenbahnverkehr herzustellen, da die streikenden Eisenbahner die Lokomotiven und Wagen mitten auf den Strecken stehen gelassen haben, da ferner viele Lokomotiven durch Entfernung der Ventile betriebsunfähig gemacht worden waren und in vieler anderer Hinsicht von seiten der Arbeiter Maßnahmen zur geordneten Durchführung des Streiks getroffen worden waren. Zwischen Belfast und Balmoral wurden z. B. alle Signalvorrichtungen unbrauchbar gemacht, so daß die Signale mit Fähnchen gegeben werden mußten. Zwischen Belfast und Dublin

wurden alle Telegraphen- und Telephon-Verbindungen durchgeschnitten.

Trotz aller „technischen Nothilfen“ haben in jedem Lande besonders die Eisenbahner und sonstigen Transportarbeiter eine Machtposition inne, von der aus sie auf das wirtschaftliche und politische Leben einen ungeheuren Druck ausüben können.

An dem Kampf sind 6—7000 Arbeiter beteiligt.

Zechenherren wollen „angleichen“! Lohn- und Rahmentarif im Ruhrbergbau gekündigt.

Der Zechenverband hat den im Juni vorigen Jahres durch einen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern angenommenen Schiedsspruch festgelegten Rahmentarifvertrag für den Ruhrbergbau zu Ende März gekündigt, ebenso die Lohnordnung. Der Zweck dieser Kündigung der Lohnordnung soll angeblich nicht eine allgemeine Lohnsenkung sein, sondern die schon lange erstrebte „Anpassung der bisherigen, besonders starren Lohnregelung an die sehr unterschiedlichen natürlichen, betrieblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der insgesamt 142 Schachanlagen des Ruhrbergbaues.“

Daß die Arbeiter von dieser Anpassung der Löhne nach unten nichts zu halten haben, ist selbstverständlich. Immer wieder ist die Austragung dieses Lohnkonflikts durch faule Kompromisse hinausgeschoben worden. Zuletzt am 24. September, wo der Bergarbeiterverband seine Rechte aus dem Mehrarbeitszeitabkommen fallen ließ und so die Vertagung der Austragung des Konflikts herbeiführte.

Der Kampf muß endlich aufgenommen werden. Die Lösung dieses Konfliktes unter der Regierung Hitler wird deren Arbeitsminister Gelegenheit geben, in aller Öffentlichkeit für oder gegen die Vergewaltigung der Ruhrsklaven Stellung zu nehmen. Für manchen deutschen Volksgenossen ist eine solche Aufklärung leider noch nötig.

Wie es heißt, soll übrigens das Gebiet Arbeitsrecht dem jetzigen Arbeitsminister abgenommen und dem Wirtschaftsminister — Hugenberg — zugeteilt werden.

Täglich Plünderungen.

In Altona wurden am Montag ein Fleischerladen und ein Bäckerladen von größeren Menschenmengen — bis zu 50 Personen — gestürmt und geplündert.

In Berlin, Radborstraße, drangen am Montag vier Männer in eine „Nordstern“-Filiale und nahmen für etwa 40 Mark Wurst und Käse mit.

Arbeiter von Eisenträger niedergeschlagen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag mittag bei den Ausbesserungsarbeiten am Hochbahn-Viadukt in der Gitschiner Straße (Berlin). Ein Träger, der schon bis zur halben Höhe des Bahnkörpers hinaufgewunden war, rutschte plötzlich aus seiner Umklammerung und stürzte zur Erde. Dabei wurde der 25jährige Arbeiter Karl Hoffmann aus Reinickendorf getroffen. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde er ins Urban-Krankenhaus eingeliefert.

Eine Mahnung zu den Betriebsratswahlen.

Die Arbeiterrats- und Angestelltenratsdelegierten der Betriebsrätekonferenz, die Bundesvorstände und die angeschlossenen Verbände des ADGB und des AFA-Bundes erlassen einen Aufruf zu den Betriebsratswahlen. Es ist begrüßenswert, daß dieser Aufruf für eine „unabhängige gewerkschaftliche Einheitsfront“ und „für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, gegen jede parteipolitische Zersplitterung“ eintritt. Diese alten gewerkschaftlichen Organisationsgrundsätze, die die Voraussetzung sind für einen erfolgreichen und einheitlichen Gewerkschaftskampf, sind leider in der Vergangenheit und auch noch in der Gegenwart nicht nur von Kommunisten und Nationalsozialisten außer acht gelassen, sondern auch vor allem von Sozialdemokraten. Das zu sehen und gleichzeitig zu erkennen, daß die sozialdemokratische Parteipolitik in den Gewerkschaften genau so Zersplitterungsarbeit ist wie jede andere Fraktionspolitik und daher aufhören muß, ist unbedingt notwendig, um das Vertrauen zu den Gewerkschaften in den Arbeitermassen wieder herzustellen.

Solange dies Vertrauen nicht hergestellt ist, werden wir das Jammerspiel des Bruderkampfes auch in den Betrieben weiterhin haben. Vor allem die Führer und Funktionäre der Gewerkschaften sind verpflichtet, zu zeigen, daß sie als Gewerkschafter nicht im Dienste einer Partei stehen, sondern im Dienste der Aufgaben der Gewerkschaften, wie sie in dem Aufruf angeführt sind: Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeitsbeschaffung, Erhöhung der Kaufkraft durch Erhöhung der Löhne, Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Alle diese gewerkschaftlichen Forderungen bleiben Agitationsphrasen, wenn nicht die Kampffront der Gewerkschaften gestärkt wird, um diese Forderungen zu verwirklichen. Stärkung dieser Kampffront heißt hier zunächst, daß der Klassenkampfgeist wieder entfacht wird. Die Gewinnung neuer Streiter ist dann leicht, weil jene deprimierende Stimmung: „die Gewerkschaften nehmen den Kampf ja doch nicht auf“, beseitigt wird.

Die Kampffront der Gewerkschaften liegt in den Betrieben, und daher bieten die Betriebsratswahlen eine besondere Gelegenheit, diese wichtigen Frontabschnitte mit Kollegen zu besetzen, die das Vertrauen aller Arbeiter verdienen. Denn es kommt für den Gewerkschaftskampf in den Betrieben nicht darauf an, welches Parteibuch ein Betriebsratskollege in der Tasche trägt, sondern darauf, daß er die Interessen der Kollegenschaft nach gewerkschaftlichen und nicht nach parteipolitischen Grundsätzen vertritt.

Die Arbeit eines Betriebsrates besteht in erster Linie darin, die Befolgung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen

zu überwachen, die sich aus den Gewerbe- und Betriebsordnungen und aus den Tarifverträgen ergeben. Bei Verstößen hat er mit gesetzlichen und gewerkschaftlichen Mitteln die Innehaltung der Bestimmungen zu erzwingen. Die Durchführung dieser Aufgabe der Betriebsräte erfordert eine unermüdete Kleinarbeit. Da gilt es, dem einzelnen Kollegen Mut zu machen, damit er sich gegen Schikanen, Antreibereien und Drohungen seitens der Betriebsleitung wehrt. Ja, sich erst einmal selber zu wehren, und nicht bei jedem Konflikt jammernd zum Betriebsrat zu laufen. Da gilt es, jedem Kollegen im Betriebe die Pflichten und Rechte aus Arbeits- und Tarifverträgen immer und immer wieder bekanntzugeben; denn um weitergehende Rechte anzumelden, ist die Kenntnis und Ausnutzung der heute schon gesetzlich feststehenden Rechte erforderlich. Und wie viele Rechte der Arbeiter sind anzumelden, die in keinem positiven Gesetz verankert sind, die aber durch geschlossenen gewerkschaftlichen Kampf zur Geltung gebracht werden können.

Es ist unmöglich, im Rahmen eines Zeitungsartikels alle die vielen gewerkschaftlichen Rechtsansprüche der Arbeiter aufzuzählen. Schon rein gefühlsmäßig wissen die meisten Arbeiter, wo sie der Schuh drückt. Der Betriebsrat, der am besten wissen kann, nach welchen Methoden das Letzte aus den Arbeitern herausgepreßt wird, soll eine Kampfgemeinschaft im Betriebe herstellen, in die auch die unorganisierten Kollegen hineingenommen werden müssen. Denn die unorganisierten Kollegen sind nicht durch Ueberreden für die freien Gewerkschaften zu gewinnen, sondern durch praktische erfolgreiche Arbeit. Ein Betriebsrat wird aber vom Unternehmer nicht ernst genug genommen, wenn er nicht den entscheidenden Teil der Kollegen, natürlich möglichst alle, hinter sich hat.

Ganz offenbar ist dieser gewerkschaftliche Kleinkampf in den Betrieben, der auch die Voraussetzung für größere Aktionen ist, in den letzten Jahren erheblich vernachlässigt worden. Hier versäumte Arbeit nachzuholen, ist vor allem die Aufgabe der freigewerkschaftlichen Betriebsräte.

Stärkt die Stützpunkte der gewerkschaftlichen Kampffront durch die Wahl solcher freigewerkschaftlichen Betriebsräte, die gegen jede parteipolitische Zersplitterung in den Betrieben und Gewerkschaften sind.

F. K. in G.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichter, Berlin Anzeigen: R. Lippmann, Berlin, Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 8909 Druck A. Janaszewski Buchdrucker und Verlags-GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29

Herde Oefen / Gaskocher
nirgends besser und nirgends billiger als bei
C. F. W. Lademann Söhne
Berlin SW 19, Wallstr. 84/85
U-Bhf. Inselbrücke

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
88tingen, Nikolausberger Weg 67.

Feinbeschl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Sonnenblumen-Öl
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.
Kanne 1,— RM Pfand.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Erstklassige Maßarbeit
Herren - Anzüge
Mäntel
Damen - Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
Johannisbergstr. 10, III.
Stoffmuster
vorrätig.

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwald
Engelsplatz 12

Freunde und Leser des „Funke“!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werkt Abonnement! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!



Was tust Du

für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebemarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der

Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N. Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 80 Pf. Nachnahmegebühr.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Eine neue Schallplatte der **Ernst-Busch-Serie**
Jetzt auf „Gloria“ für nur 1,50 M.
Anrede an ein neugeborenes Kind, aus dem **Granowsky-Tonfilm „Das Lied vom Leben“**
Eisler, Mehring
Ballade vom Soldaten . . . Eisler, Brecht
Früher sind erschienen:
Ballade vom Säckeschmeißen / Solidaritätslied.
Lied der Baumwollpflücker / Ballade vom Migger Jim.
Lied der Bergarbeiter / Lied der Arbeitslosen.
Plattenpreis je 1,50 Mark.

Otto Pfortenhauer, Weimar, Gläserstr. 14

Röstkaffee
per Pfund 2,—, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.
Lieferung ab 3 Pfund frei Haus.
Nachnahme oder Vorkasse auf Post-scheckkonto: Hamburg 71108.
Robert Ziegler, Kaffee-Versand
Hamburg 88 / Heidhörn 42.

Kollektiv
Hamburger Schauspielerspielt am:
Freitag, 8.; Sonnabend, 4.;
u. Sonntag, 5. Febr., 20 Uhr
„Den Nagel auf den Kopf“
Der große Erfolg
im Volksheim Hammerbrook, Sachsenstr. 21.
Preis: 60 Pf., Erwerblose 30 Pf., Sonntags 40 Pf.

KAMERA
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.
Seit 31. Januar:
W. Padewickz unerreichtes Meisterwerk
„Sturm über Asien“
Hauptdarsteller:
Der Mongole Iakischinoff
„Der Kajak-Sportfilm“
Eine Wildwasserfahrt durch die schwarzen Berge
Anfangszettel: 18. 17. 19 und 21 Uhr.

Von der Kunst, zu philosophieren.

Von Leonard Nelson.

35 Seiten. Geheftet 0,45 Mark.
Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift:
„Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft.“

„Wie alle Arbeiten Nelsons zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. . . An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorbeigehen.“
„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau“ Nr. 41.

„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter. Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter unverständlichen ‚Professorenweisheiten‘, sondern jeder Gedanke wird klar entwickelt.“
„Der Funke“ Nr. 86.

Verlag „Öffentliches Leben“ Berlin SW 19, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto Berlin 818 42.

Die Beratungen des neuen Kabinetts

muten — wenigstens nach den Meldungen, die darüber nach außen dringen — ziemlich hilflos an. In der Dienstsitzung wurde eine Verordnung beschlossen, nach der die Befugnisse des am 20. Juli in Preußen eingesetzten Reichskommissars nicht mehr wie bisher dem Reichskanzler, sondern seinem Stellvertreter, also Herrn von Papen, übertragen werden. — Das wußte man schon bei der Bekanntgabe der Amterliste des neuen Kabinetts!

Besonders eingehend wurde über Maßnahmen zur Steuerung wirtschaftlicher Schäden gesprochen, anscheinend unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft. Natürlich! Hierzu verweisen wir auf den Leitartikel der vorliegenden Nummer. Ebenso in bezug auf die Änderungen im Reichsarbeitsministerium.

Auf eine Anfrage, ob der neue Reichskommissar für Preußen, die noch amtierenden preußischen kommissarischen Minister im Amte belassen würde, wird von zuständiger Stelle erklärt: Der Reichskommissar in Preußen habe die Amtsgeschäfte noch nicht übernommen, weil er in seiner Tätigkeit als Vizekanzler „sehr beschäftigt“ sei.

Wahrscheinlich muß er die „nationale Konzentration“ erst noch etwas fester zusammenknüpfen. Oder paßt er auf, daß Hitler keine Dummheiten macht?

Die Fragen des Zentrums an die Hitler-Regierung.

Die Bemühungen Hitlers, das Zentrum zur Unterstützung seines Kabinetts zu gewinnen, sind noch nicht abgeschlossen. Bei der mehrstündigen Unterredung, die Kaas am Dienstag mit Hitler hatte, kam lediglich heraus, daß Kaas von Hitler gebeten wurde, seine Fragen — von deren zufriedenstellender Antwort das Zentrum seine Unterstützung abhängig machen will — schriftlich einzureichen. Das ist inzwischen geschehen. Es handelt sich unter anderem um folgende Fragen:

Zunächst möchte das Zentrum wissen, ob die Erklärung eines Staatsnotstandes beabsichtigt sei; ferner ob in Preußen die verfassungsmäßigen Grundlagen wieder hergestellt werden würden; ob das Siedlungswerk mit Nachdruck in Angriff genommen werde; ob das Reichsarbeitsministerium abgebaut werden sollte; ob Maßnahmen gegen sozialpolitische Härten vorgesehen seien und ob die Unabdingbarkeit der Tarifverträge angetastet werden würde.

Die Antwort der Regierung soll ebenfalls schriftlich erfolgen.

Eine frostige Begrüßung.

Frick hat dem Reichsrat

seine Aufwartung gemacht, indem er am Dienstag für kurze Zeit eine Vollsitzung dort leitete. In seiner Begrüßungsansprache empfahl er sich durch Gemeinplätze („das Beste des deutschen Volkes zu wollen“ u. s. w.) und durch seine Eigenschaft als Bayer: als solcher hätte er „das nötige“ Verständnis für den föderalistischen Aufbau des Reiches. Er hat sogar das tiefe Wissen, „daß nicht alles hier von Berlin aus zentralisiert werden kann“. Aber:

Nach unserer politischen Einstellung wissen Sie, daß wir die Vertreter einer starken Einheit des Reiches sind, daß wir wünschen, daß das Reich nach außen eine Einheit darstellt und unerschütterlich ist, damit es sich der Angriffe von Außen erwehren kann. Aber das schließt nicht aus, daß auch den einzelnen Gliedern des Reiches die nötige Freiheit, insbesondere auch in kultureller Beziehung, gegeben ist, um die Aufgaben zu erfüllen, die hier den Ländern gestellt sind.“

Hitler werde am Donnerstag den Reichsrat mit seiner Anwesenheit beglücken.

Brecht, der im Namen des Reichsrates die Begrüßungsworte Fricks erwiderte, wußte anscheinend nicht recht, was er sagen sollte. Wir haben nichts Berichtenswertes in seinen Ausführungen entdeckt.

Frick verschwand dann sofort und gab den Vorsitz an einen kaum bekannten Staatssekretär (Schlegelberger) ab. Das „überaus wichtige Organ des Reiches“, wie Frick den Reichsrat bezeichnet hatte, nahm dann die Vorlage über die Arzntaxe für 1933 an.

Die Februartagung des Reichstages.

Hitler wird in der nächsten Reichstagsitzung, die möglichst bald stattfinden soll, das Programm der neuen Reichsregierung entwickeln. Es ist möglich, daß dann die Vollsitzung um einen Tag verlagert werde, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, eingehend zu den Darlegungen des

Im Zeichen der Hitlerei.

Neuer Polizeiterror.

Wieder ein Toter durch Polizeischüsse.

Nachdem in Breslau am Dienstag zwei Nazis bei einer Schlägerei durch Stiche verletzt worden waren, hat die Polizei sämtliche Aufmärsche und Versammlungen der KP und ihrer Nebenorganisationen verboten. Als dann Kommunisten im Anschluß an eine Kundgebung versuchten, Demonstrationszüge zu bilden, griff die Polizei ein und erschloß eine Person und verletzte zwei andere schwer.

Die Hamburger Polizei hat die für Dienstag nachmittag von der KPD auf dem Lübecker-Tor-Feld geplante Kundgebung verboten.

Die kommunistische „Sächsische Arbeiterzeitung“ (Leipzig) vom Dienstag wurde wegen Aufforderung zum Generalstreik beschlagnahmt.

Der Polizeipräsident in Essen hat auf Grund des Reichspressgesetzes § 23 Ziffer 3 das „Ruhrecht“ (KP) vom 31. Januar beschlagnahmt, weil die Ausführungen der Zeitung eine vorbereitende Handlung zu einem hochverräterischen Unternehmen darstellen.

Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat die KP-Zeitungen „Freiheit“ und ihre Kopfblätter „Bergische Arbeiterstimme“ und „Bergische Volksstimme“ für vier Wochen verboten.

Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ (Organ der KPD, Bezirk Württemberg) ist für acht Tage verboten worden.

In Apolda und Jena sind, wie der „Vorwärts“ berichtet, sozialdemokratische Versammlungen, die sich mit der politischen Lage und der Stellung der Sozialdemokratie zur Regierung Hitler-Papen-Hugenberg beschäftigen sollten, verboten worden. Die Versammlungsverbote sind das Ergebnis eines Erlasses der Thüringer Naziregierung, in der der Polizei jede Deckung zugesagt wird, falls sie Kundgebungen gegen die Hitler-Regierung verbietet.

Thüringen wird wohl bald Nachfolger finden!

Ein Verbot der KP ist, wie Frick erklärte, nicht beabsichtigt. Schon ein Tag Praxis zeigt die Gründe:

Durch stückweises Verboten, Beschlagnahmen, Auflösen von Druckerzeugnissen und Versammlungen der Arbeiterorganisationen erreicht man dasselbe wie bei einem direkten Verbot, ohne die Gefahr eines offenen Widerstandes der Arbeiterschaft heraufzubeschwören, die bei einem Verbot nicht unwahrscheinlich ist.

Und die Arbeiterschaft.

Die Reaktion macht, wie unsere Meldungen zeigen, beim Verboten keinen Unterschied zwischen KP und SP. Warum also den unterschiedlichen und getrennten Widerstand auf

neuen Kanzlers Stellung zu nehmen. Erst dann wird sich eine für mehrere Tage berechnete große politische Aussprache anschließen. Die ganze Februartagung des Reichstages soll, wie die „Wandelhalle“ hört, etwa acht Tage in Anspruch nehmen.

Ihre Sorgen!

Den Hauptausschuß des Preußischen Landtages hat am Dienstag

der Zwickel

beschäftigt. Der sozialdemokratische Antrag, die Zwickel-Verordnungen aufzuheben, wurde abgelehnt. Nazis und Zentrum billigten die Zwickel-Tendenz, fanden nur die Form der Anordnungen nicht glücklich. Für Männer soll der Zwickel abgeschafft werden.

Damit auch die anderen Länder einmal etwas zu lachen haben, wurde das Staatsministerium ersucht, „im Interesse einer einheitlichen Regelung der Materie mit den übrigen deutschen Ländern eine entsprechende Verständigung herbeizuführen“.

Bayrischer Landtag.

Der bayerische Landtag hat in seiner Vollsitzung am Dienstag nachmittag die Wahl eines bayerischen Ministerpräsidenten von der Tagesordnung abgesetzt, da die Vorbereitungen noch nicht weit genug gediehen sind und außer-

recht erhalten? Wenn überhaupt noch etwas zu retten ist, dann nur

durch gemeinsame Abwehr.

Terror der braunen Horden.

In Schweinfurt in der Nacht zum Dienstag wurden drei „Eiserne-Front“-Leute von Nazis schwer verletzt (Halschuß, Knochenschüsse). Die Schützen sind verhaftet.

In Hirschberg griff in der Nacht zum Dienstag ein etwa 40 Mann starker Nazi-Trupp die Geschäftsstelle der „Volkszeitung für das Riesengebirge“ (SPD) an. Die Nazis schlugen Tür und Fenster ein und schossen. Polizei drängte die Bande ab. Verhaftungen? Fehlanzeige.

In Schönau (Pfalz) waren in der Nacht zum Sonntag vor dem katholischen Pfarrhaus zwei Sprengkörper zur Explosion gebracht und dadurch die Fensterscheiben auch der umliegenden Häuser zertrümmert worden. Unter dem Verdacht, diese Sprengkörper gelegt zu haben, wurden jetzt drei Nazis ins Amtsgerichtsgefängnis Pirmasens eingeliefert.

In Moers (Niederrhein) stürmten Nazis am Dienstag abend die Geschäftsstelle der SPD-Zeitung und demolierten das Lokal.

In Velbert (Rheinland) schlugen am Dienstag Nazis einen Arbeiter mit einem Hammer tot. Bei einem späteren Zusammenstoß wurden einige Nazis verletzt.

In Wuppertal-Barmen Nazisturm auf das Gewerkschafts-haus; Zertrümmerung der Einrichtung.

In Düsseldorf mehrere Verletzte bei einem Angriff der Nazis auf das Parteihaus der KP.

In Pforzheim am Dienstag gelegentlich eines SA-Fackel-zuges Zusammenstoß mit Kommunisten. Acht Verletzte verschiedener politischer Richtungen.

In Harburg-Wilhelmsburg am Dienstag bei einem Fackel-zug der Nazis und des „Stahlhelm“ Zusammenstoß mit Kommunisten. Unter den Fackelzug-Teilnehmern drei schwer und sieben leicht Verletzte; ein Kommunist verletzt.

In Halle in der Nacht zum Dienstag schwere Schlägerei zwischen mehreren hundert Nazis und politischen Gegnern. Anscheinend Angriff auf ein KP-Lokal; denn dessen Einrichtung wurde zerschlagen. Ein Kommunist angeschossen; ein anderer erhielt durch einen Spatenhieb eine schwere Kopfverletzung.

In Wernigerode am Dienstag abend Schlägerei. Ein Kommunist durch einen Messerstich, ein Nazi durch einen Beilhieb verletzt.

Berlin: Wir meldeten die Schießerei bei der Rückkehr des Charlottenburger Sturms 33 vom Fackelzug. Es steht bisher fest, daß die Nazis erheblich geschossen haben. Der verwundete Polizist ist bald nach der Verwundung gestorben; er ist von Nazis erschossen worden. Wer die tödliche Kugel für den Sturmführer Maikowski zu der Schießerei beige-teuert hat, ist noch nicht ermittelt.

dem die Bayerische Volkspartei zugleich Vorschläge für die Abänderung der bayerischen Verfassung einbringen will. Zwischen den Nationalsozialisten und Kommunisten kam es im Verlaufe der Sitzung wiederholt zu großer Unruhe.

Eine von den Kommunisten vorgelegte Entschlieung, in der gegen die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler protestiert werden sollte, wurde mit allen gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Die Großagrarien frohlocken.

In einem Aufruf des Bundesvorstandes des Pommerschen Landbundes heißt es:

„Landbändler! Das Ziel, um das wir ungeachtet aller Zweifel und Schmähungen gekämpft haben: die nationale Konzentration, ist erreicht. Hitler, Hugenberg, Papen, Seldte stehen in einer Front. Die Parteien des marxistisch-liberalen Systems und die Gewerkschaften, die Zerstörer von Volk und Vaterland, sind aus dem Sattel geworfen. Die Bahn ist frei für den Neubau des Reiches. Der Bau wird gelingen, wenn wir in der Richtung, die wir in Pommern hatten, weiterschreiten. Das Bild des Staates der sozialen Ordnung und der Wirtschaft, das in jahrelangem Kampf jedem pommerschen Landbändler in Kopf und Herz gehämmert ist, muß jetzt Wirklichkeit werden... Unsere Ziele aber sind heute wie immer: ständische Ordnung, organische Wirtschaft, wehrhafter Staat, christliches Volk.“

Generäle und Narren.

Ein Narr stand am Straßenrand und sah, wie ein mit Lanzen und Haubitzen bewaffneter Trupp Soldaten vorüber-marschierte.

„Woher kommen diese Männer?“ fragte der Narr die Vor-übergehenden.

„Die kommen aus dem Frieden.“

„Und wohin gehen sie?“

„In den Krieg.“

„Was tun sie im Kriege?“

„Sie töten den Feind und verbrennen seine Städte.“

„Warum tun sie das?“

„Um den Frieden zu haben.“

Da erklärte der Narr, er könne das nicht verstehen. „Sie kommen aus dem Frieden und ziehen in den Krieg, um Frieden zu haben? Warum bleiben sie nicht gleich im Frieden?“ fragte er. Aber er war je nur ein Narr, solche Dinge konnte er ja nicht verstehen. („Holzarbeiter“-Jugend.)

Nationales Schnarchen!

In dem Roman des nationalistischen Schriftstellers Joseph Magnus Wehner: „Die Wallfahrt nach Paris“ finden wir folgende Stillblüte:

„Menke überlegte sich, wie lange er das mißtönige Röcheln (des schlafenden Franzosen) noch dulden sollte, denn es klang fremdartig und ganz anders, als ein Deutscher schnarcht.“

Haut ihn: er schnarcht nicht so wie wir!

Der liebe Gott und die Wirtschaftskrise.

In dem Mitteilungsblatt der „Landeskirchlichen Gemeinschaft und des Jugendbundes für entschiedenes Christentum“ in Kassel (Nr. 1 vom Januar 1933) findet sich folgende Geschichte:

Das ist die Last über Deutschland.

Verworrenes Stimmengewirr erfüllt die Restauration. Unsere „Ufe“ (Universität für Erwerbslose im Evangelischen Jugendhaus) hat ihre Frühstückspause.

Dort steht eine Gruppe in erregter Diskussion. In der linken Hand das Butterbrot, in der rechten die Kaffeetasse — so reden sie auf einander ein.

Ich geselle mich dazu und höre.

Eben entwickelt ein FFF-Mann seine Wirtschaftstheorie. Ein junger Kommunist unterbricht ihn. Aber den wieder lassen die Nazis nicht zu Ende kommen.

Da stehen diese arbeitslosen jungen Männer: schmale, blasse Gesichter, eine tiefe Traurigkeit in den Augen. Es ist mir, als liege eine schwere, unsichtbare Last auf ihren Schultern.

Und nicht nur auf den ihren. Unser ganzes Volk; wir alle gehen daher unter schwerer Last.

Und nun hörte ich diese jungen Männer diskutieren und streiten. All ihr Reden, all das Reden in unserem Volk, aller Kampf und alles Demonstrieren und Politisieren: es ist nichts anderes als der Versuch, die Last abzuschütteln. Und darum ergriff ich dort in jenem Kreis in der „Ufe“ das Wort: „Hört mal, ihr kommt mir mit all euren Rezeptchen lächerlich vor!“

Wieviel Wege haben wir in Deutschland schon versucht, wieviel Führer gehabt, wieviel gekämpft? Es war alles erfolglos!

Da kann doch ein Blinder sehen, daß eine starke Hand gegen uns steht. Das ist die Hand Gottes. Er hat die Last auf uns gelegt. Wir stehen unter Gottes entsetzlichen Gerichten. „Das ist die Last“, sagten die Propheten, wenn sie einem Volke das Gericht verkündigten. Darum kann auch nur der große Gott allein die Last von unseren Schultern nehmen.“

„Sollen wir darauf warten?“ murrten ein paar junge Männer.

„Halt!“ erwiderte ich ihnen, „denkt doch mal nach! Warum hat Gott wohl das Gericht über uns gebracht? Weil unser Volk gottlos war, in trotzigem Hochmut sein eigener Gott sein wollte!“

Und wenn ihr Jungen eine neue Zeit herbeiführen wollt, dann geht das nur, wenn wir ehrlich und aufrichtig uns zum lebendigen Gott bekehren. Wir wollen wieder anfangen, Ihn zu fürchten, Ihn zu ehren, Ihn zu dienen, Ihn zu lieben, Ihn zu gehorchen. — Dann ist's ein leichter Griff seiner starken Hand — und die Last fällt von den gebeugten Schultern.“

*

Das sind die Christen moderner Art, die das Christentum in Reinkultur predigen. Getreu dem Bibelwort: „Selig sind, die da geistig arm sind, denn das Himmelreich ist ihrer“, stellen sie die Krise als ein Werk Gottes dar; nur von dem „leichten Griff seiner starken Hand“ hängt es ab, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen!

Und wenn dieser leichte Griff nicht bald kommt, so liegt das eben an der Gottlosigkeit der Menschen, — womit ein neuer Grund für ein Freidenker-Verbot geliefert ist! W. L.

Aufreizende Zahlen.

Ausbeutungs-Statistik aus Indien.

Die englischen Banken in Indien schüttelten folgende Dividenden in Prozenten des Aktienkapitals aus. Die Dividenden sind frei von Einkommensteuer!

	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931
Hong Kong								
& Shanghai Bank	64	61	61	61	64	56	56	48
National Bank of India	20	20	20	20	20	20	20	20
Chartered Bank of India & China	20%	20 1/4	20 1/4	20 1/4	20 1/4	20 1/4	20 1/4	14
Lloyds Bank	16 2/3	16 2/3	16 2/3	16 2/3	16 2/3	16 2/3	15	13
Mercantile Bank of India	16	16	16	16	16	16	16	12

Wir lassen die Dividenden einiger gutgehender Jute-Spinnereien folgen:

	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931
Andrew Yule's								
Albion Mills	65	85	45	55	60	45	27 1/2	20
Begg-Dunlop's								
Alliance Mills	100	65	20	60	90	25	10	—
Henderson's								
Barnagor Mills	25	45	30	40	75	75	35	5
Andrew Yule's								
Belvedere Mills	90	60	35	90	100	75	35	20
Andrew Yule's								
Budge-Budge Mills	55	55	38	70	90	60	27	20
Andrew Yule's								
Caledonian Mills	100	85	30	95	120	85	45	30
Andrew Yule's								
Delta Mills	85	70	50	85	90	65	37	22
Bird and Co's								
Dalhousie Mills	70	45	45	80	77	52	35	20
Bullen and Co's								
Fort Clover Mills	165	80	70	140	50	70	15	10
Barry and Co's								
Gourepore Mills	120	60	30	100	60	50	27	—
Arbuthnot and Co's								
Hooghly Mills	100	100	80	100	125	125	75	—
Jardine Skinner's								
Kamarhatty Mills	90	90	55	100	100	75	37	15
McLeod and Co's								
Kelvin Mills	110	120	60	85	125	110	50	25

	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931
Heigler and Co's								
Kinnison Mills	160	115	90	140	130	90	50	30
Bird and Co.								
Laurenzie Mills	120	80	50	100	97	70	35	25
Bird and Co.								
Northbrook Mills	90	60	45	80	90	70	42	27
Jardine Skinner and								
Co. Reliance Mills	100	80	75	110	120	110	70	40
Bird and Co.								
Union Mills	110	45	65	120	115	70	30	20

Wir schließen mit der Angabe der Dividenden einiger bengalischer Kohlegesellschaften. Die Löhne der Bergarbeiter, die unter Tage arbeiten, betragen 47 Pfennig für den Zehn-Stunden-Tag; 38 000 Frauen arbeiten unter Tage für 35 Pfennig, ebenfalls 10 Stunden. Diese Ausbeutergesellschaften verteilen folgende Dividenden:

	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931
Jardine Skinner's								
Bansdepur	45	37	22	20	10	20	5	2 1/2
Andrew Yule's								
Bengal Mine	50	40	40	40	30	32	30	14
Andrew Yule's								
Bengal-Napur	90	90	75	80	60	70	75	57
Jardine Skinner,								
East Indian	20	20	20	10	10	15	10	—
Andrew Yule,								
Jherria Katras	110	92	60	60	50	55	55	30
Heilgers and Co.,								
Khas-Jherria	60	60	60	60	47	30	30	10
Octavius Steel								
and Co., Manbhoum	30	55	20	25	40	40	32	—
Andrew Yule's								
North-West	70	65	65	40	20	25	20	8
Kilburn and Co.,								
Raneegunj	65	52	30	10	16	37	17	80
Heilgers and Co.,								
Standard	80	80	60	60	60	60	50	35

(Nach „Daily Worker“, Nr. 946 und 947, vom 19. und 20. Januar 1933.)

Was der Presse droht.

Die vom deutschen Auswärtigen Amt in Verbindung mit dem Wirtschaftsministerium betreute Korrespondenz „Industrie und Handel“ schließt einen Bericht über die Wirtschaft in Italien folgendermaßen:

„Wenn sich auch in vielen Zweigen der italienischen Wirtschaft und Finanzen die Lage im Vergleich zum Vorjahr, ja im Vergleich zu den ersten Monaten dieses Jahres, vielfach verschlechtert hat und deshalb die verhältnismäßig geringen Anzeichen der Besserung nicht überschätzt werden dürfen, so sind sie doch zum mindesten psychologisch von Bedeutung. In richtiger Erkenntnis dieses Moments geschicht denn auch von seiten der Regierung alles, um das Vertrauen der Bevölkerung auf die Staatsleitung und die Hoffnung auf bessere Zeiten zu heben.“

So hat die Presse Auftrag erhalten, jedes auch noch so geringfügige Anzeichen einer Besserung der Lage zu registrieren und in ihrer Berichterstattung alles zu vermeiden, was die Stimmung der Massen ungünstig beeinflussen könnte.“

Wir sind überzeugt, daß die deutsche Presse von den derzeitigen Machthabern ähnliche „Aufträge“ erhalten wird!

Berliner Städtische Gaswerke erhöhen den Gaspreis für Proletarier.

Ab 1. Februar soll jeder Berliner Haushalt, ob er wenig oder viel Gas verbraucht, eine monatliche Grundgebühr von 40 Pfennig an das Städtische Gaswerk bezahlen. Dieses führt also nach staatlichem Vorbild eine Art Kopfsteuer ein! Ferner soll künftig jeder Abnehmer monatlich mindestens 5 Kubikmeter Gas bezahlen, auch wenn er weniger verbraucht hat. Die Mindestrechnung sieht auch künftig so aus:

Grundgebühr	—,40 Mark
5 Kubikmeter Gas a 16,2 Pfennig	—,81 Mark
	1,21 Mark

Im Winter drosseln viele Proletarierfamilien den Gasverbrauch nahezu ganz und kochen, um so gleichzeitig die Küche besser heizen zu können, auf Herden. Diese Familien sind es, die in erster Linie von dem städtischen Monopolunternehmen belastet werden. Dessen Maßnahme ist also ein unsozialer Wirkung durch Maßnahmen privater Monopolisten schwer zu übertreffen.

DEUTSCHLAND

Ein großer Sowjet-Auftrag: Die Sowjet-Union hat nach langen Verhandlungen bei verschiedenen Firmen des deutschen Röhrenverbandes Röhren für insgesamt 65 Millionen Mark bestellt.

Walzwerkfertigung 28 Prozent niedriger als 1931. 1932 wurden insgesamt 4 218 000 Tonnen Walzwerkfertigerzeugnisse hergestellt; 1931 waren es noch 5 861 000 Tonnen.

Absatzverschlechterung beim Ruhrkohlen-Syndikat: Die im August des vorigen Jahres einsetzende günstige Entwicklung des Ruhrkohlenabsatzes ist im November zum Stehen gekommen. Im November wurden arbeitsmäßig 190 000, im Dezember 183 000, in der Zeit vom 1. bis 25. Januar wurden arbeitsmäßig nur 167 000 Tonnen abgesetzt.

Automobilabsatz um ein Drittel gesunken: Der gesamte Automobilabsatz betrug 1932 nur 48 798 Wagen, 1931 noch 68 758. Prozentual am stärksten zurückgegangen ist der Absatz an Last- und Lieferwagen einschließlich von Dreirädern, nämlich von 12 752 Stück auf 7288. Der Personwagenabsatz fiel von 56 006 auf 41 510 Stück.

46 Prozent Rückgang der Reichsbahneinnahmen seit 1929: Nach dem vorläufigen Überblick betragen die Einnahmen der Reichsbahn im Jahre 1932 rund 2890 Millionen Mark; das ist gegenüber 1931 ein Rückgang um rund 25 Prozent, gegenüber 1929 sogar um 46 Prozent. Die Ausfälle sind in erster Linie auf den Verkehrsrückgang zurückzuführen.

Arbeitsbeschaffung bei der Reichsbahn: Von Oktober bis Dezember 1932 sind im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsbahn Aufträge für 146 Millionen Mark vergeben worden. Die Reichsbahn hat bekanntlich für Arbeitsbeschaffung Ausgaben in Höhe von 280 Millionen Mark vorgesehen; — eine Arbeitsbeschaffung, die in erster Linie eine Subvention an die Schwerindustrie ist!

Preisvereinbarung zur Verhinderung von Preisenkünften: Die Fachgruppe der Aluminium-Haus- und Küchengeräte des Reichsverbandes der deutschen Aluminiumwarenindustrie hat eine Preisvereinbarung getroffen, um weitere Preisenkünften zu vermeiden, da die Verkaufspreise in den letztvergangenen Jahren angeblich bereits 30 Prozent unter den Selbstkosten liegen.

Rückgang der Aktienkapitale: Während des Jahres 1932 hat nach einer vorläufigen Statistik das gesamte Aktienkapital der deutschen Aktiengesellschaften von 24,7 auf 22,3 Milliarden Mark, also um etwa ein Zehntel abgenommen. Das ist das Ergebnis zahlreicher Kapitalzusammenlegungen, gibt aber die tatsächlichen Vermögensverluste nicht im entferntesten richtig wieder.

FRANKREICH

Ein merkwürdiger Streik. Im Finanzausschuß der französischen Kammer war ein sozialistischer Vorschlag angenommen worden, Wertpapiere, die bisher auf den Inhaber lauteten (also frei verkäuflich waren), in Wertpapiere umzuwandeln, die auf den Namen des Inhabers lauten. Der Vorschlag ist wenig glücklich; er will die Spekulation eindämmen; der übliche Fehler: Man kuriert ein Symptomen. Aber sei dem, wie ihm sei, gegen den Plan wird gestreift, und zwar von denen, die von Spekulationsgewinnen leben: den Gehilfen der Pariser Börsenmakler und Bankenvertreter. — Der Finanzminister wies mit Recht darauf hin, es sei Sache der Regierung, gegen Vorschläge Stellung zu nehmen, die ihr unannehmbar erschienen, und nicht Sache der Gehilfen der Börsenmakler.

Der merkwürdige Streik macht Schule: Die Agenten für den freien Alkoholverkauf an der Pariser Handelsbörse haben die Vornahme von Notierungen an der Börse verweigert, um gegen die Alkoholversteuer zu protestieren. An der Liller Handelsbörse wurde gleichzeitig gestreikt gegen die vorgesehene Besteuerung der Umsätze an Getreide.

DÄNEMARK

Währungs-Wirrwarr: „Man“ spricht von 200 Millionen Kronen Kreditausweitung. Aktienkurse steigen bei steigenden Umsätzen. Devisenkurse steigen. — In Regierungskreisen wehrt man sich gegen das Wort (1) „Inflation“ und setzt dafür die Parole: „Reflation“.

Stromtarif der Bewag unsittlich?

Aus dem Kampf gegen ein Monopol.

Die Schutzgemeinschaft gegen Monopolmißbrauch übersendet uns eine Abschrift des Klageabweisungsantrages des Rechtsanwalts eines Bewag-Kunden in einem Prozeß gegen die Bewag (die Berliner Elektrizitätswerke A.-G.). Wir entnehmen hier dem Klageabweisungsantrag einige besonders aufschlußreiche Stellen:

„Es mag sein, daß der Beklagte bei Abnahme seines Anschlusses eine Bestätigungskarte der Bewag unterschrieben hat. Der Beklagte weiß nicht, welchen Wortlaut und Inhalt diese Karte hat. Die Vorlage der Karte wird die Einzelheiten ja ergeben. Der Beklagte weiß nur so viel, daß nach der im ganzen Abnehmerkreis der Elektrizitätswerke herrschenden Vorstellung — Beweis: Sachverständigen-Gutachten — der Abnehmer durch die Unterzeichnung dieser Karte den Empfang des Zählers bestätigt, für dessen ordnungsmäßige Erhaltung und Rückgabe er ja auch für die Dauer seines Abnehmertums zu haften hat.“

Kein Abnehmer weiß, daß er sich durch die Unterzeichnung der Bestätigungskarte auch dem Gebührentarif der Bewag unterwirft.

Der Beklagte weiß bestimmt, daß er außer der Karte nicht zugleich den Gebührentarif der Klägerin erhalten hat. Er ist bereit, das zu beschwören.

Die gegenteilige Behauptung der Klägerin in der Klageschrift ist also nachweislich unzutreffend. Der Beklagte ist darüber hinaus bereit, unter das Zeugnis ungezählter Zeugen, darunter der eigenen zuständigen Angestellten der Bewag, die Tatsache zu stellen, daß die Bewag ganz generell bei Unterzeichnung der Karte ihren Gebührentarif den Kunden nicht mit überreicht.“

Die Unterzeichnung der Bestätigungskarte erfolgt seitens der Abnehmerschaft nahezu ausnahmslos ohne jede Nachprüfung in der Vorstellung, daß die Bewag eine behördliche Organisation sei, der man im allgemeinen soviel Vertrauen entgegenbringt, daß, ohne den Text vorher zu lesen, formularmäßige behördliche Schriftstücke unterschrieben werden. Es ist also besonders illoyal gerade von der Klägerin, die Abnehmer ein kleines unauffälliges Kärtchen unterschreiben zu lassen, in dem diese bestätigen, den Gebührentarif der Klägerin zu kennen, obwohl nachweislich in 99 von 100 Fällen das Gegenteil der Fall ist, weil ein Exemplar dieser Vertragsbedingungen dem Kunden überhaupt nicht übergeben wird.

Diesem Verfahren der Bewag liegt nach Auffassung des Beklagten System zugrunde, denn, wenn der Kunde, der ja in heutigen Notzeiten mit jedem Pfennig gerade im Haushalt rechnen muß, ein Exemplar der Bewag-Bedingungen in die Hand bekäme, so würde er die Mühe nicht schonen, sich mit den Einzelheiten dieses Tarifs vertraut zu machen. Bei dieser Lektüre des Bewag-Tarifs würde er dahinter kommen, daß

schon die bloße Anschaffung von elektrischen Gerätschaften, zu der ihn gerade die Bewag in weitestem Maße durch ihre Reklame anspornt, für ihn die verhängnisvolle Folge hat, daß der Grundgebührentarif sich erhöht, ganz gleichgültig, ob und welchen Gebrauch er von diesen Gegenständen macht. Der ahnungslose Kunde hat also keineswegs, wie er in 99 von 100 Fällen annimmt — Beweis: Sachverständigen-Gutachten sowie Zeugnis der NN —, lediglich den Stromverbrauch des von ihm neu erworbenen elektrischen Geräts zu bezahlen.“

Welche Willkür im Tarif der Klägerin steckt und wie ahnungslos die Kundschaft dieses Tarifs gegenübersteht, mag schlaglichtartig folgender in der „Nachtausgabe“ vom 24. November 1932, Nr. 276, veröffentlichte Brief eines Lesers Dr. R. erhellen:

„... Vor einiger Zeit wurde meine Wohnung durch einen Revisionsbeamten der Bewag auf Stromverbrauch untersucht, worauf die Grundgebühr von 4,60 auf 6,70 Mark erhöht wurde. Als ich dagegen Einspruch erhob, erschien nach einigen Tagen ein zweiter Beamter, der meine Wohnung nochmals eingehend untersuchte. Das Ergebnis war eine zweite Erhöhung der Grundgebühr und zwar diesmal auf 13,30 Mark. Als ich jetzt alle entbehrlichen Lichtleitungen in meiner Wohnung durch einen Monteur ent-

fernen ließ, wandte ich mich nochmals beschwerdeführend an die Bewag. Nun erschien ein dritter Beamter, der mir eröffnete, daß die Grundgebühr jetzt endgültig auf 7,70 Mark festgesetzt sei. Das nennt man Dienst am Kunden. Dr. R.“

Im übrigen ist der Text des Tarifvertrages der Klägerin so kompliziert und unverständlich, daß der normal gebildete Durchschnittsabnehmer ihn nicht zu überblicken und deshalb nicht zu begreifen vermag.“

Man kann vom Tarif der Klägerin ohne Uebertreibung behaupten, daß er nur unter Hinzuziehung eines elektrischen Sachverständigen dem Laien verständlich wird.“

Nach der Rechtsauffassung der gesamten Abnehmerschaft ist der von der Klägerin beliebte Grundgebührentarif unsittlich, weil er den Preis für dieselbe Ware (Elektrizität) nach Gesichtspunkten staffelt, die willkürlich sind, d. h. durch kein berechtigtes Interesse der Klägerin gerechtfertigt werden und im Ergebnis zu einer wirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden, einseitigen Belastung des Verbrauchers zum ausschließlichen Nutzen der Klägerin führen. Hierin liegt der

Mißbrauch der wirtschaftlichen Monopolstellung der Klägerin, gegen den sich der Beklagte als Exponent weitester Kreise der Berliner Bevölkerung im vorliegenden Prozeß wendet und zu dem er die richterliche Entscheidung erbittet. ...

Die Bewag kann sich zur Rechtfertigung dieses unsittlichen Tarifs auch keineswegs darauf berufen, daß dieser Tarif durch die Stadtverordnetenversammlung Berlins im Jahre 1924 genehmigt worden sei. Der Beklagte ist bereit, auf richterliche Auflage unter Beweis zu stellen, daß das Gros der Berliner Stadtverordneten nicht in der Lage gewesen ist, sich durch den komplizierten Tarif der Bewag hindurchzufinden und den Tarif trotzdem genehmigt hat in der von allen Abnehmern der Bewag geteilten Vorstellung, daß dieser von einer behördlichen Institution vorgeschlagene Tarif keine Bestimmungen enthalte, die einer ernsthaften rechtlichen und moralischen Nachprüfung nicht standhalten.

Es liegt außer der unter Beweis gestellten „Unerfahrenheit“ der Abnehmerschaft aber auch die weitere Voraussetzung des § 138, Absatz 2, BGB vor, nämlich die „Notlage“.

Es bedarf keiner Ausführung, daß die

Bewag als Elektrizitätsversorger der Berliner Bevölkerung eine absolute Monopolstellung

inne hat. Bei der Elektrifizierung, die heute in fast sämtlichen Privatwohnungen und Büros Berlins in der Beleuchtung bis zur Ausschließlichkeit durchgeführt ist, kann dem Abnehmer keinesfalls entgehengehalten werde, es stehe ihm frei Petroleum oder Gas zu brennen oder seinen elektrischen Strom anderswo zu beziehen. Hierzu fehlt es an jeder praktischen Möglichkeit. — Beweis: Sachverständigen-Gutachten. — Auf deutsch bedeutet das:

Der Kunde muß die (sittenwidrigen) Tarifbestimmungen der Bewag akzeptieren, oder er erhält keinen Strom. Das ist eine

unsittliche Ausbeutung der Monopolstellung, wie sie das Reichsgericht vielfach als unzulässig gerügt hat. ...

Die Lehre für die einzelnen: Unterschreibe keine Formulare, die Du nicht genau gelesen hast. Unterschreibe insbesondere nicht die Lüge, daß Du einen Tarif kennst, den Du nicht einmal gesehen hast. Traue keiner Behörde, auch keiner behördenmäßig aufgezogenen Firma.

Die Lehre für alle Konsumenten: Monopolisten sind Dein Feind, auch wenn sie im Gewand behördlicher Organisationen auftreten.